Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preußischen Staaten.

Nr. 19.

Inhalt: Gesetz, betreffend die Ablösbarkeit der Erbenzins- und Erbpachtsverhältnisse in den Moor- und Vehnkolonien der Provinz Hannover, S. 261. — Gesetz, betreffend den an den Kronfideikommißfonds zu leistenden Ersatz für die aus der Herrschaft Schwedt zur Staatskasse geflossenen Einnahmen, S. 270. — Verordnung, betreffend die Tagegelder und Reisekosten der Schutzmannschaft in Berlin und Charlottenburg, S. 270. — Allerhöchster Erlaß, betreffend die Errichtung einer sechsten Königl. Eisenbahn-Kommission für die Verwaltung des Bergisch-Märkischen Eisenbahn-Unternehmens, S. 271. — Bekanntmachung der nach dem Gesetz vom 10. April 1872. durch die Regierungs-Amtsblätter publizirten landesherrlichen Erlasse, Urkunden rc., S. 272.

(Nr. 8431.) Gesetz, betreffend die Ablösbarkeit der Erbenzins- und Erbpachts-Verhältnisse in den Moor- und Vehnkolonien der Provinz Hannover. Vom 2. Juli 1876.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen rc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, für die Provinz Hannover, was folgt:

§. 1.

Der §. 3. der Hannoverschen Ablösungsordnung vom 23. Juli 1833. (Hannoversche Gesetz-Samml. S. 147.) wird aufgehoben.

§. 2.

Die aus den Erbenzins- und Erbpachts-Verhältnissen in den Moor- und Vehnkolonien entspringenden beständigen Abgaben und Leistungen unterliegen ohne Rücksicht auf entgegenstehende vertragsmäßige Vereinbarungen der Ablösung nach Maßgabe der in der Provinz Hannover bestehenden Vorschriften über die Ablösung der Reallasten, vorbehaltlich der besonderen Vorschriften dieses Gesetzes.

§. 3.

Liegen dem Berechtigten als Gegenleistungen für die nach §. 2. ablösbaren Reallasten Leistungen für öffentliche oder gemeinnützige Einrichtungen (Kanäle, Schleu-

Ausgegeben zu Berlin den 19. Juli 1876.

Schleußen, Brücken, Wege u. s. w.) zum Besten der Kolonie oder der Kolonisten ob, so soll dem Antrage auf Ablösung erst dann Folge gegeben werden, wenn die dauernde Forterhaltung sowie die weitere gedeihliche Entwickelung der für die Kolonie unentbehrlichen Einrichtungen nach erfolgter Ablösung sicher gestellt ist.

Ueber die Zulässigkeit des Ablösungsantrags entscheidet in diesem Falle in erster Instanz die General-Kommission zu Hannover nach erfolgter Benehmung mit der Bezirksregierung (Landdrostei). Gegen ihre Entscheidung kann ohne Rücksicht auf den Werth des Ablösungsgegenstandes die Berufung an das Königliche Revisions-Kollegium für Landeskultursachen verfolgt werden.

§. 4.

Sind Ausweisungen oder Verleihungen an Obererbpächter oder sonstige Mittelspersonen und von diesen wieder an Untererbpächter oder Kolonisten erfolgt, so finden folgende Vorschriften Anwendung:

1) Der Antrag auf Ablösung steht im Verhältnisse zum Obererbpächter nur den verpflichteten Untererbpächtern und im Verhältnisse zum Obereigenthümer nur dem Obererbpächter zu.

2) Untererbpächter oder Kolonisten einer Gemeinde oder Kolonie können einem und demselben Obererbpächter gegenüber nur insgesammt auf Ablösung antragen.

   Der Mehrheitsbeschluß der Pflichtigen, nach dem Umfange der abzulösenden Abgaben und Leistungen berechnet, ist für die Minderheit verbindlich.

   Diese Bestimmungen finden auf den Seitens der Obererbpächter gegen den Obereigenthümer zu stellenden Ablösungsantrag sinngemäße Anwendung.

   Sofern jedoch nach statutarischen oder Genossenschafts-Bestimmungen die Alle bindende Beschlußfassung der Obererbpächter noch mehr erleichtert ist, behält es bei diesen Bestimmungen sein Bewenden.

3) Das eingeleitete Ablösungs-Verfahren zwischen den Untererbpächtern oder Kolonisten und dem Obererbpächter zieht im gleichen Umfange die Ablösung des zwischen dem Obereigenthümer und dem Obererbpächter bestehenden Erbenzins- oder Erbpachtsverhältnisses von selbst nach sich. Das zu dieser Ablösung erforderliche Verfahren ist von der Ablösungs-Kommission von Amtswegen einzuleiten.

   In diesem Verfahren ist der Obereigenthümer berechtigt, zu verlangen, daß die Obererbpächter je nach der ihnen gewährten Abfindung entweder durch Kapital oder durch Abtretung von Rentenbriefen, welche dem Empfänger zum Nennwerthe anzurechnen sind, die Abgaben und Leistungen beziehungsweise die bereits festgestellten Amortisationsrenten, letztere nach den dafür bestehenden gesetzlichen Vorschriften, zur Ablösung bringen.

§. 5.

Die Ablösung solcher festen Abgaben, welche bis zu einem gewissen Zeitpunkte steigen und erst nach Erreichung dieses Zeitpunktes in dem alsdann zu leistenden Betrage dauernd feststehen, erfolgt in folgender Weise:

Dem 20fachen Betrage der höchsten Leistung werden die 5prozentigen Zinsen und Zinseszinsen für die Zeit von der Zahlung des Ablösungskapitals bis zu der Fälligkeitszeit der erstmaligen höchsten Abgabe abgesetzt.

Dem so ermittelten Betrage treten die bis zur höchsten Leistung zu gewährenden Zwischenleistungen, zurückgeführt nach 5prozentiger Zinseszinsberechnung auf den Werth zur Zeit der Zahlung des Ablösungskapitals, hinzu.

Ueber den Jahreswerth derjenigen Abgaben, welche mit fortschreitender Kultivirung, Bebauung u. s. w. der Moor- und Vehnbesitzungen erst noch entstehen werden, entscheidet die Ablösungs-Kommission nach Anhörung von Sachverständigen nach billigem Ermessen.

§. 6.

Den abgabepflichtigen Moor-Kolonisten wird die Befugniß beigelegt, im Falle der Ablösung durch Amortisationsrente statt der vollen Rente nur neun Zehntheile derselben zu entrichten. In diesem Falle werden die Verpflichteten durch eine 56 $^{1}/_{12}$ Jahre oder 673 Monate lang fortgesetzte Zahlung der Rente von der ferneren Entrichtung derselben vollständig befreit.

Von der einmal getroffenen Wahl kann der Verpflichtete nicht wieder abgehen.

Welche Summe der Verpflichtete im Falle der ihm nach §. 12. der Königlichen Verordnung vom 28. September 1867. und §. 8. des Gesetzes vom 3. April 1869. zustehenden Kündigung der Rente an Ablösungskapital zu zahlen hat, ergiebt sich aus der beigefügten Tabelle.

Auf Vehn-Kolonisten finden die vorstehenden Bestimmungen dieses Paragraphen keine Anwendung.

§. 7.

Sind vor Verkündigung dieses Gesetzes Ablösungen, welche mit den Vorschriften desselben nicht in Einklang stehen, bereits auf rechtsverbindliche Weise zu Stande gekommen, so behält es bei denselben sein Bewenden.

§. 8.

In Bezug auf die Ablösung derjenigen Abgaben, welche nach Maßgabe der Verordnung vom 23. Juli 1833. (Hannoversche Gesetz-Samml. S. 253.) bei der erblichen Uebertragung von Gütern und Grundstücken vorbehalten sind, bewendet es bei den Vorschriften des §. 18. der Verordnung vom 28. September 1867.

1867. (Gesetz-Samml. S. 1670.) und des §. 1. des Gesetzes vom 3. April 1869. (Gesetz-Samml. S. 544.).

§. 9.

Unser Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Bad Ems, den 2. Juli 1876.

(L. S.) Wilhelm.

Camphausen. Gr. zu Eulenburg. Leonhardt. Falk. v. Kameke.
Achenbach. Friedenthal.

Tabelle

Tabelle

zum

§. 23. des Gesetzes über die Errichtung von Rentenbanken.

Für die Amortisationsperiode von $56^{1}/_{12}$ Jahren.

Tilgung eines mit 4 Prozent verzinslichen Kapitals von 100 Thlrn. durch eine jährliche Rente von 4½ Prozent (§. 38.)				Demnach und in Gemäßheit des Gesetzes ist das Ablösungs-Kapital für eine an die Rentenbank zu entrichtende Rente (§. 10.)																											
Nach Jahren	treffen von der sodann fälligen Rente auf Zinsen	treffen von der sodann fälligen Rente auf Kapital	und bleiben vom Kapitale noch zu tilgen	Im Laufe des Jahres	von 10 Thalern			von 5 Thalern			von 1 Thaler			von 25 Sgr.			von 20 Sgr.			von 15 Sgr.			von 10 Sgr.			von 5 Sgr.			von 1 Sgr.		
	Thlr.	Thlr.	Thlr.		Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.
0	.	.	100,00000	1	222	6	8	111	3	4	22	6	8	18	15	7	14	24	5	11	3	4	7	12	3	3	21	1	.	22	3
1	4,00000	0,50000	99,50000	2	221	3	4	110	16	8	22	3	4	18	12	9	14	22	3	11	1	8	7	11	1	3	20	7	.	22	1
2	3,98000	0,52000	98,98000	3	219	28	8	109	29	4	21	29	10	18	9	11	14	19	11	10	29	11	7	9	11	3	20	.	.	22	.
3	3,95920	0,54080	98,43920	4	218	22	7	109	11	4	21	26	3	18	6	11	14	17	6	10	28	2	7	8	9	3	19	5	.	21	11
4	3,93757	0,56243	97,87677	5	217	15	1	108	22	7	21	22	6	18	3	9	14	15	.	10	26	3	7	7	6	3	18	9	.	21	9
5	3,91507	0,58493	97,29184	6	216	6	1	108	3	1	21	18	7	18	.	6	14	12	5	10	24	4	7	6	2	3	18	1	.	21	7
6	3,89167	0,60833	96,68351	7	214	25	7	107	12	9	21	14	7	17	27	2	14	9	8	10	22	3	7	4	10	3	17	5	.	21	6
7	3,86734	0,63266	96,05085	8	213	13	5	106	21	8	21	10	4	17	23	7	14	6	11	10	20	2	7	3	5	3	16	9	.	21	4
8	3,84203	0,65797	95,39288	9	211	29	6	105	29	9	21	5	11	17	20	.	14	4	.	10	18	.	7	2	.	3	16	.	.	21	2
9	3,81572	0,68428	94,70860	10	210	13	11	105	6	11	21	1	5	17	16	2	14	.	11	10	15	8	7	.	6	3	15	3	.	21	1
10	3,78834	0,71166	93,99694	11	208	26	6	104	13	3	20	26	8	17	12	2	13	27	9	10	13	4	6	28	11	3	14	5	.	20	11
11	3,75988	0,74012	93,25682	12	207	7	1	103	18	7	20	21	8	17	8	1	13	24	6	10	10	10	6	27	3	3	13	7	.	20	9
12	3,73027	0,76973	92,48709	13	205	15	10	102	22	11	20	16	7	17	3	10	13	21	1	10	8	3	6	25	6	3	12	9	.	20	7
13	3,69948	0,80052	91,68657	14	203	22	5	101	26	3	20	11	3	16	29	4	13	17	6	10	5	7	6	23	9	3	11	10	.	20	4
14	3,66746	0,83254	90,85403	15	201	26	11	100	28	6	20	5	8	16	24	9	13	13	10	10	2	10	6	21	11	3	10	11	.	20	2
15	3,63416	0,86584	89,98819	16	199	29	3	99	29	7	19	29	11	16	19	11	13	9	11	10	.	.	6	20	.	3	10	.	.	20	.
16	3,59953	0,90047	89,08772	17	197	29	2	98	29	7	19	23	11	16	14	11	13	5	11	9	27	.	6	18	.	3	9	.	.	19	10
17	3,56351	0,93649	88,15123	18	195	26	9	97	28	4	19	17	8	16	9	9	13	1	9	9	23	10	6	15	11	3	7	11	.	19	7
18	3,52605	0,97395	87,17728	19	193	21	10	96	25	11	19	11	2	16	4	4	12	27	5	9	20	7	6	13	9	3	6	10	.	19	4
19	3,48709	1,01291	86,16437	20	191	14	4	95	22	2	19	4	5	15	28	8	12	22	11	9	17	3	6	11	6	3	5	9	.	19	2
20	3,44658	1,05342	85,11095	21	189	4	1	94	17	.	18	27	5	15	22	10	12	18	3	9	13	8	6	9	2	3	4	7	.	18	11
21	3,40444	1,09556	84,01539	22	186	21	.	93	10	6	18	20	1	15	16	9	12	13	5	9	10	.	6	6	8	3	3	4	.	18	8
22	3,36062	1,13938	82,87601	23	184	5	1	92	2	6	18	12	6	15	10	5	12	8	4	9	6	3	6	4	2	3	2	1	.	18	5
23	3,31504	1,18496	81,69105	24	181	16	1	90	23	.	18	4	7	15	3	10	12	3	1	9	2	4	6	1	6	3	.	9	.	18	2
24	3,26764	1,23236	80,45869	25	178	23	11	89	11	11	17	26	5	14	27	.	11	27	7	8	28	2	5	28	10	2	29	5	.	17	11
25	3,21835	1,28165	79,17704	26	175	28	6	87	29	3	17	17	10	14	19	11	11	21	11	8	23	11	5	25	11	2	28	.	.	17	7
26	3,16708	1,33292	77,84412	27	172	29	7	86	14	10	17	9	.	14	12	6	11	16	.	8	19	6	5	23	.	2	26	6	.	17	4
27	3,11377	1,38623	76,45789	28	169	27	2	84	28	7	16	29	9	14	4	9	11	9	10	8	14	10	5	19	11	2	24	11	.	17	.
28	3,05832	1,44168	75,01621	29	166	21	1	83	10	6	16	20	1	13	26	9	11	3	5	8	10	1	5	16	8	2	23	4	.	16	8
29	3,00065	1,49935	73,51686	30	163	11	1	81	20	7	16	10	1	13	18	5	10	26	9	8	5	1	5	13	4	2	21	8	.	16	4
30	2,94067	1,55933	71,95753	31	159	27	2	79	28	7	15	29	9	13	9	9	10	19	10	7	29	10	5	9	11	2	19	11	.	16	.
31	2,87830	1,62170	70,33583	32	156	9	1	78	4	6	15	18	11	13	.	9	10	12	7	7	24	5	5	6	4	2	18	2	.	15	8
32	2,81343	1,68657	68,64926	33	152	16	7	76	8	4	15	7	8	12	21	5	10	5	1	7	18	10	5	2	7	2	16	3	.	15	3

Bemerkungen.

Nach den vier ersten Kolonnen dieser Tabelle wird überhaupt jedes mit 4 pCt. verzinsliche Kapital durch eine, in jährlichen Terminen postnumerando zahlbare Rente von 4½ pCt. in 56¹⁄₁₂ Jahren getilgt. Da die Rechnung beispielsweise 100 Thlr. Kapital angenommen hat, so drücken ihre Resultate überall Prozente des Kapitals aus. Nachdem nun 56 Jahre hindurch die Rente gezahlt worden ist, bleiben von dem Kapitale noch 0,09723 pCt. zu tilgen und bei der Voraussetzung, daß dies nach einem halben Jahre geschehe, kommen dazu noch halbjährige Zinsen mit .. 0,00195 »

daher denn alsdann .... 0,09618 pCt. von der Rente zu bezahlen sind. Dies ist $= \frac{9918}{450000}$ der jährlichen Rente, mithin der Betrag für 8 Tage, und wenn dieselbe in mindestens monatlichen Raten zu zahlen ist, so sind zur Tilgung des Kapitals überhaupt 56¹⁄₁₂ jährliche oder 673 monatliche Rentenzahlungen erforderlich.

Tilgung eines mit 4 Prozent verzinslichen Kapitals von 100 Thlrn. durch eine jährliche Rente von 4½ Prozent (§. 38.)				Demnach und in Gemäßheit des Gesetzes ist das Ablösungs-Kapital für eine an die Rentenbank zu entrichtende Rente (§. 10.)													
Nach Jahren	treffen von der sodann fälligen Rente auf Zinsen	treffen von der sodann fälligen Rente auf Kapital	und bleiben vom Kapitale noch zu tilgen	Im Laufe des Jahres	von 10 Thalern			von 5 Thalern			von 1 Thaler			von 25 Sgr.			
	Thlr.	Thlr.	Thlr.		Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	
33	2,74597	1,75403	66,89523	34	148	19	8	74	9	10	14	26	.	12	11	8	
34	2,67581	1,82419	65,07104	35	144	18	1	72	9	.	14	13	10	12	1	6	
35	2,60284	1,89716	63,17388	36	140	11	7	70	5	10	14	1	2	11	21	.	
36	2,52696	1,97304	61,20084	37	136	.	1	68	.	.	13	18	.	11	10	.	
37	2,44803	2,05197	59,14887	38	131	13	3	65	21	8	13	4	4	10	28	7	
38	2,36596	2,13404	57,01483	39	126	21	.	63	10	6	12	20	1	10	16	9	
39	2,28059	2,21941	54,79542	40	121	23	.	60	26	6	12	5	4	10	4	5	
40	2,19182	2,30818	52,48724	41	116	19	2	58	9	7	11	19	11	9	21	7	
41	2,09949	2,40051	50,08673	42	111	9	1	55	19	7	11	3	11	9	8	3	
42	2,00347	2,49653	47,59020	43	105	22	8	52	26	4	10	17	3	8	24	5	
43	1,90361	2,59639	44,99381	44	99	29	7	49	29	10	10	.	.	8	10	.	
44	1,79975	2,70025	42,29356	45	93	29	7	46	29	9	9	11	11	7	25	.	
45	1,69174	2,80826	39,48530	46	87	22	4	43	26	2	8	23	3	7	9	4	
46	1,57941	2,92059	36,56471	47	81	7	8	40	18	10	8	3	9	6	23	2	
47	1,46259	3,03741	33,52730	48	74	15	2	37	7	7	7	13	6	6	6	3	
48	1,34109	3,15891	30,36839	49	67	14	7	33	22	3	6	22	5	5	18	9	
49	1,21474	3,28526	27,08313	50	60	5	6	30	2	9	6	.	7	5	.	6	
50	1,08333	3,41667	23,66646	51	52	17	9	26	8	11	5	7	9	4	11	6	
51	0,94666	3,55334	20,11312	52	44	20	10	22	10	5	4	14	1	3	21	9	
52	0,80452	3,69548	16,41764	53	36	14	6	18	7	3	3	19	5	3	1	3	
53	0,65671	3,84329	12,57435	54	27	28	3	13	29	2	2	23	10	2	9	10	
54	0,50297	3,99703	8,57732	55	19	1	10	9	15	11	1	27	2	1	17	8	
55	0,34309	4,15691	4,42041	56	9	24	8	4	27	4	.	29	6	.	24	7	
56	0,17682	4,32318	0,09723														

Im Laufe des Jahres	von 20 Sgr.			von 15 Sgr.			von 10 Sgr.			von 5 Sgr.			von 1 Sgr.			Bemerkungen.
	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	
34	9	27	4	7	13	.	4	28	8	2	14	4	.	14	10	
35	9	19	2	7	6	11	4	24	7	2	12	4	.	14	5	
36	9	10	9	7	.	7	4	20	5	2	10	2	.	14	.	
37	9	2	.	6	24	.	4	16	.	2	8	.	.	13	7	
38	8	22	11	6	17	2	4	11	5	2	5	9	.	13	2	
39	8	13	5	6	10	1	4	6	8	2	3	4	.	12	8	
40	8	3	6	6	2	8	4	1	9	2	.	11	.	12	2	
41	7	23	3	5	24	11	3	26	8	1	28	4	.	11	8	
42	7	12	7	5	16	11	3	21	4	1	25	8	.	11	2	
43	7	1	6	5	8	8	3	15	9	1	22	11	.	10	7	
44	6	20	.	5	.	.	3	10	.	1	20	.	.	10	.	
45	6	8	.	4	21	.	3	4	.	1	17	.	.	9	5	
46	5	25	6	4	11	7	2	27	9	1	13	10	.	8	9	
47	5	12	6	4	1	11	2	21	3	1	10	8	.	8	1	
48	4	29	.	3	21	9	2	14	6	1	7	3	.	7	5	
49	4	15	.	3	11	3	2	7	6	1	3	9	.	6	9	
50	4	.	4	3	.	3	2	.	2	1	.	1	.	6	.	
51	3	15	2	2	18	11	1	22	7	.	26	4	.	5	3	
52	2	29	5	2	7	1	1	14	8	.	22	4	.	4	6	
53	2	13	.	1	24	9	1	6	6	.	18	3	.	3	8	
54	1	25	11	1	11	11	.	27	11	.	14	.	.	2	10	
55	1	8	1	.	28	7	.	19	1	.	9	6	.	1	11	
56	.	19	8	.	14	9	.	9	10	.	4	11	.	1	.	

(Nr. 8432.) Gesetz, betreffend den an den Kronfideikommißfonds zu leistenden Ersatz für die aus der Herrschaft Schwedt zur Staatskasse geflossenen Einnahmen. Vom 11. Juli 1876.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc.

verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

§. 1.

Die Staatsregierung wird ermächtigt, an den Kronfideikommißfonds die Summe von zwei Millionen achthundertundfünfundvierzigtausend (2,845,000) Mark als Ersatz für die Veräußerungs- und Ablösungsgelder und für die Revenuenüberschüsse, welche die Staatskasse aus der Herrschaft Schwedt vereinnahmt hat, aus den dem Preußischen Staate auf Grund der Artikel VI. und VII. des Reichsgesetzes vom 8. Juli 1872. (Reichs-Gesetzbl. S. 289.) und des Artikels 3. des Reichsgesetzes vom 2. Juli 1873. (Reichs-Gesetzbl. S. 185.) überwiesenen Geldmitteln zu zahlen.

§. 2.

Der Finanzminister wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Baden-Baden, den 11. Juli 1876.

(L. S.) Wilhelm.

Fürst v. Bismarck. Camphausen. Gr. zu Eulenburg. Leonhardt. Falk. v. Kameke. Achenbach. Friedenthal.

(Nr. 8433.) Verordnung, betreffend die Tagegelder und Reisekosten der Schutzmannschaft in Berlin und Charlottenburg. Vom 12. Juni 1876.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc.

verordnen auf Grund des §. 12. des Gesetzes vom 24. März 1873., betreffend die Tagegelder und Reisekosten der Staatsbeamten (Gesetz-Samml. S. 122.), beziehungsweise des Artikels I. der Verordnung vom 15. April d. J. (Gesetz-Samml. S. 107.), was folgt:

Einziger Artikel.

Der §. 1. der Verordnung vom 26. Oktober 1874., betreffend die Tagegelder und Reisekosten der Schutzmannschaft in Berlin und Charlottenburg (Gesetz-Samml. S. 349.), wird wie folgt abgeändert:

§. 1.

Offiziere und Mannschaften der Schutzmannschaft in Berlin und Charlottenburg erhalten bei Verrichtung von Dienstgeschäften in besonderem Auftrage außer-

außerhalb der Stadt Berlin, beziehungsweise Charlottenburg, in einer Entfernung von nicht weniger als 2 Kilometer, aber unter 8 Kilometer von der Grenze des Stadtbezirks:

1) an Tagegeldern, wenn die Ausführung des Geschäfts über einen Tag dauert, die vollen, wenn dieselbe aber nur kürzere Zeit dauert, die Hälfte der im §. 1. des Gesetzes vom 24. März 1873. bestimmten Sätze;

2) an Fuhrkosten:

a) zwischen Berlin und Charlottenburg und umgekehrt die fahrpreismäßigen Kosten der Benutzung der Pferdeeisenbahn, bei der Wahl anderer Beförderungsmittel als der Pferdeeisenbahn aber, falls deren Nothwendigkeit und wirklich erfolgte Benutzung nachgewiesen wird, die wirklich aufgewandten Kosten,

b) zwischen Berlin beziehungsweise Charlottenburg und sonstigen Ortschaften diejenigen als wirklich verausgabt nachgewiesenen Kosten, welche durch die ihnen von der Dienstbehörde vorgeschriebene Art der Beförderung entstanden sind.

Gegeben Berlin, den 12. Juni 1876.

(L. S.) Wilhelm.

Camphausen. Gr. zu Eulenburg.

(Nr. 8434.) Allerhöchster Erlaß vom 23. Juni 1876., betreffend die Errichtung einer sechsten Königlichen Eisenbahnkommission für die Verwaltung des Bergisch-Märkischen Eisenbahnunternehmens.

Auf Ihren Bericht vom 20. Juni d. J. genehmige Ich, daß für die Verwaltung des Bergisch-Märkischen Eisenbahnunternehmens in Hagen eine sechste Königliche Eisenbahnkommission nach Maßgabe der in Meinem Erlasse vom 28. September 1872. (Gesetz-Samml. S. 637.) gegebenen Bestimmungen errichtet wird. Dieser Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zu veröffentlichen.

Bad Ems, den 23. Juni 1876.

Wilhelm.

Achenbach.

An den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Angelegenheiten.

 Be-

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872. (Gesetz-Samml. S. 357.) sind bekannt gemacht:

1) der Allerhöchste Erlaß vom 15. April 1876., betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts an den kommunalständischen Verband des Regierungsbezirks Kassel bezüglich derjenigen Grundstücke, welche durch die Verlegung des von Breitenau nach Grifte über den Hofraum der kommunalständischen Korrektions- und Landarmen-Anstalt bei Breitenau führenden Weges betroffen werden, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Kassel Nr. 22. S. 93., ausgegeben den 13. Mai 1876.;

2) der Allerhöchste Erlaß vom 24. April 1876., betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Neuenkirchen im Kreise Wiedenbrück zum Bau der Chaussee von Neuenkirchen nach Rietberg, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Minden Nr. 23. S. 109., ausgegeben den 3. Juni 1876.;

3) das Allerhöchste Privilegium vom 28. April 1876. wegen Emission fünfprozentiger Prioritäts-Obligationen V. Emission der Rheinischen Eisenbahngesellschaft zum Betrage von 45,000,000 Mark durch die Amtsblätter
   der Königl. Regierung zu Cöln Nr. 23. S. 109. bis 116., ausgegeben den 7. Juni 1876.,
   der Königl. Regierung zu Düsseldorf Nr. 24. S. 227. bis 231., ausgegeben den 10. Juni 1876.,
   der Königl. Regierung zu Coblenz Nr. 23. S. 125. bis 129., ausgegeben den 8. Juni 1876.,
   der Königl. Regierung zu Trier Nr. 22. S. 128. bis 135., ausgegeben den 1. Juni 1876.,
   der Königl. Regierung zu Aachen Nr. 27. S. 135. bis 141., ausgegeben den 8. Juni 1876.,
   der Königl. Regierung zu Arnsberg Nr. 23. S. 157. bis 164., ausgegeben den 3. Juni 1876.,
   der Königl. Regierung zu Münster Nr. 24. S. 113. bis 117., ausgegeben den 10. Juni 1876.

Berichtigung.

In dem in dem vorhergehenden 18ten Stück der Gesetz-Sammlung abgedruckten Gesetz vom 3. Juli 1876., die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen ꝛc. betreffend, ist S. 251. §. 9. Abs. 2. Z. 5./6. statt „72,96 oder 144 Mark" zu setzen: 72, **96** oder 144 Mark.

Redigirt im Büreau des Staats-Ministeriums.

Berlin, gedruckt in der Königlichen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei
(R. v. Decker).